



Staatschefs Lula, Morales, Chávez: Hilfe bei einem notorischen Unruhestifter gesucht

FOTOS: ALZAR RALDES / AFP

BOLIVIEN

Schecks aus Caracas

Präsident Morales ruft zur Volksabstimmung, um seine bröckelnde Macht zu sichern. Viele Provinzen verweigern die Gefolgschaft, auch die Indios wenden sich von ihrem einstigen Idol ab.

Als die Polizeikapelle die Nationalhymne anstimmt, drückt Savina Cuéllar feierlich ihren schwarzen Hut an die Brust. Nur zaghaft singt sie mit, die spanischen Worte gehen ihr schwer von den Lippen: Ihre Muttersprache ist Quechua, eine Indianersprache des Hochlands.

Zum ersten Mal nimmt die 45-Jährige eine Polizeiparade ab, es ist ihr Antrittsbesuch als Oberbefehlshaberin. Cuéllar streckt die Hand zum Gruß aus, der Kommandeur schlägt die Hacken zusammen. Dann geleitet eine Adjutantin sie zum schweren Nissan-Jeep, der sie zurück in den Regierungspalast bringt.

Die Rituale der Macht sind der Witwe und siebenfachen Mutter noch fremd, erst Ende Juni wurde die Bäuerin aus dem Dorf Inchapampa zur Gouverneurin der Provinz Chuquisaca gewählt. Vor wenigen Tagen zog sie in den weißen Regierungspalast von Sucre ein, das laut Verfassung Boliviens Hauptstadt ist. Ihre Hütte bewachen jetzt die Nachbarn, sie passen auch auf die Hühner auf.

Die Elite von Sucre, das den Regierungssitz und das Parlament vor über hundert Jahren an das 400 Kilometer entfernte La Paz abtreten musste, tut sich noch schwer mit ihrer indianischen „Prefecta“. In den Korridoren und Salons des Palastes hängen die Porträts ihrer Vorgänger: Kein

einzigster Indianer ist darunter und schon gar keine Frau.

Cuéllar verkörpert den Wandel, der sich seit dem Amtsantritt des Indio-Präsidenten Evo Morales vor zweieinhalb Jahren vollzogen hat. Erstmals sind nun Boliviens Ureinwohner an der Macht, die jahrhundertlang unterdrückte Bevölkerungsmehrheit genießt ihren neuen Status.

Der Präsident müsste also stolz sein auf die indianische Gouverneurin. Savina Cuéllar hat von der ersten Stunde an mit ihm gekämpft, sie hat mit „Evo“, wie der Staatschef gerufen wird, in dessen sozialis-



Proteste gegen die Regierung*: Verfliegene Euphorie

tischer Partei für die Rechte der Ureinwohner gestritten, sie ist mit ihm gegen die korrupte weiße Machtelite auf die Straße gegangen. Zur Belohnung ernannte er sie nach dem Machtwechsel zur Beraterin im Landwirtschaftsministerium.

Aber nun redet der Präsident nicht mehr mit ihr, Cuéllar hat sich von ihm losgesagt. Am 10. August will er sich einer Volksabstimmung stellen, die Bolivianer sollen über seine Amtsführung befinden. „Ich hoffe, er verliert“, sagt seine frühere Mitstreiterin jetzt ganz unverhohlen.

Mit dem Referendum hofft Morales den Widerstand gegen die Zentralregierung zu brechen, denn vier der neun bolivianischen Provinzen haben sich für autonom erklärt. Seine Gegner seien Abkömmlinge der weißen Elite, höhnt er. Doch immer mehr wenden sich auch Indios gegen ihr einstiges Idol. Solche wie Savina Cuéllar.

Zweieinhalb Jahre ist der Bauernsohn im Amt, aber die Morales-Euphorie ist verfliegen, nur im Andenhochland jubeln ihm die Leute noch zu. Dort macht er Wahlkampf, nach Sucre traut er sich nicht. „Das Volk lässt ihn nicht in die Stadt“, sagt Cuéllar. „Als wir unsere Toten begruben, hat er getanzt, das werden wir ihm nie verzeihen.“

Es war im November vorigen Jahres, als es bei der Abstimmung über Boliviens neue Verfassung in Sucre zu Protesten kam. Demonstranten hatten gefordert, den Regierungssitz nach Sucre zurückzuerlegen, das Kabinett aber verweigerte sich – die meisten Anhänger des Präsidenten leben im Hochland und in La Paz.

Scharfschützen hatten damals auf die Menschen gefeuert, 300 wurden verletzt, 3 kamen ums Leben. Morales ließ die neue Magna Carta daraufhin in einer Kaserne außerhalb der Stadt auf den Weg bringen. „Die Verfassung ist illegal“, klagt Cuéllar, „Evo hat sie uns aufzuzwingen.“

Mit dem Referendum will der Präsident die rebellischen Gouverneure aus dem Amt hebeln, denn die müssen sich ebenfalls der Abstimmung unterziehen. Damit sie im Amt bleiben können, darf die Ablehnung nicht höher ausfallen als ihr oft knapper Sieg bei den letzten Wahlen: Alle wurden mit einer relativen Mehrheit von weniger als 40 Prozent der Stimmen gewählt. Das begünstigt Morales, der mit 54 Prozent auf den Präsidentensessel kam. „Er hat sich die Bedingungen maßgeschneidert“, sagt der Sozialwissenschaftler Roberto Laserna.

Vergebens versuchte eine Verfassungsrichterin, die fragwürdige Abstimmung zu verhindern, auch mehrere regionale Wahlbehörden sprachen sich gegen das Referendum aus. Doch der Präsident ließ sich

* Im November 2007 in Sucre.

nicht bremsen – wer gegen den Plan sei, „ist ein Verräter“.

Ein Sieg wird ihm kaum helfen, das Land ist gespalten. „Wir werden ihn nicht mehr anerkennen, wenn er das Referendum verliert“, drohte der mächtige Gouverneur von Santa Cruz. Die Provinz im tropischen Tiefland hatte sich im Mai ebenfalls für autonom erklärt, sie ist das wirtschaftliche Herz des Landes, sie besitzt die meisten Gasvorkommen. Aber für Santa Cruz fällt kaum etwas von den Gewinnen ab, sie gehen zum größten Teil an die Zentralregierung. Morales ist deshalb verhasst.

Die Nationalisierung der Bodenschätze, die er als größte Errungenschaft seiner Regierung preist, hat sich als Bumerang erwiesen. „Bolivien verfügt nicht über das Wissen und die Technologie, um Gas und Öl zu fördern“, sagt Laserna. Dieselkraftstoff müsse aus Venezuela importiert werden, und an den Tankstellen fehle das Öl.

Als Morales sein Amt antrat, klang alles ganz anders, mit ihm kam die Hoffnung auf Stabilität. Doch der Indio-Präsident ging auf Kollisionskurs: Er suchte die Hilfe des venezolanischen Staatschefs und notorischen Unruhestifters Hugo Chávez und überwarf sich mit den Amerikanern.

Für Chávez ist Bolivien heute der wichtigste Brückenkopf in Südamerika, er unterstützt mit seinen Ölmillionen die Regierung in La Paz. Morales liefert sich dafür Stück für Stück dem Freund in Caracas aus: Er fliegt in venezolanischen Hubschraubern und Flugzeugen, und an seine Anhänger verteilt er Schecks, die von der venezolanischen Botschaft ausgestellt sind. „Hier regiert nicht Evo, sondern Chávez“, sagt Oppositionspolitikerin Cuéllar.

Aber der Caudillo fordert Gegenleistungen, er diktiert die bolivianische Außenpolitik. Als Brasiliens Präsident Luis Inácio Lula da Silva nach Bolivien kam, um einen Kredit für den Bau einer Straße durch das Amazonasgebiet zu unterzeichnen, stieß ungebeten auch Chávez hinzu: Er will verhindern, dass Lula Einfluss auf seinen Schützling gewinnt. Lula zahlte 230 Millionen Dollar für das Projekt, Chávez aber legte noch etwas drauf: Er gab Evo weitere 300 Millionen – und versprach dazu noch ein paar neue Fabriken.

Der venezolanische Führer lieferte auch die Blaupause fürs Referendum. Weil sie sich an einen ähnlichen Abstimmungsakt Anfang Dezember in Caracas erinnern, fürchten viele Bolivianer, dass Evo wie sein Idol die unbegrenzte Wiederwahl anstrebt und ewig an der Macht festhalten will.



Gouverneurin Cuéllar: „Ich hoffe, er verliert“

Der Präsident stützt sich auf Dutzende Gewerkschaften und soziale Organisationen, er ist Vorsitzender der mächtigen Vereinigung der Kokabauern, im Hochland weiß er die Gewerkschaft der Minenarbeiter hinter sich. Mit Bussen und Lastwagen werden Anhänger zu seinen öffentlichen Auftritten gekarrt; sie erhalten 100 Bolivianos, etwa 10 Euro, und ein warmes Mittagessen. „Wer nicht für Evo stimmt, verliert seinen Job“, sagt Cuéllar. „Die Leute haben Angst.“ Milizen wie die „Roten Ponchos“ sichern die Macht des Präsidenten.



ten. Jüngst ließen die indianischen Krieger sich filmen, wie sie Hunde quälten und den Tieren dann die Kehle durchschnitten. So schüchtern sie die Bewohner des Hochlands ein.

Nach einem Bombenattentat auf einen oppositionellen Radiosender im Städtchen Yacuiba Ende Juni nahm die Polizei einen Soldaten fest. Im Kofferraum seines Autos fand sie Dynamit und eine Kalaschnikow, den Wagen hatte die venezolanische Botschaft gemietet.

Aber auch die Opposition rüstet auf, vor allem in Santa Cruz sammeln sich Evos Gegner zum Widerstand. Ein schwarzer Hummer und mehrere Geländewagen mit getönten Scheiben parken vorm „Bürgerkomitee“, dem Zentrum der Autonomiebewegung. Sie gehören reichen Geschäftsleuten und Großgrundbesitzern, die den Kampf gegen die Zentralregierung anführen. Ein bewaffneter Leibwächter steht vor der Tür, in einem Hinterzimmer empfängt David Sejas, der Präsident der Unión Juvenil Cruceñista.

Die Organisation gilt als bewaffneter Arm der Autonomiebewegung. Er könne jederzeit 165 000 Mann mobilisieren, prahlt Sejas, ein stämmiger Mann im grünen Poloemblem, aber seine Leute seien unbewaffnet: „Wir vermeiden jede Konfrontation.“

Staatschef Morales traut sich dennoch nur mit einem riesigen Sicherheitsaufgebot nach Santa Cruz. Für wenige Stunden schwebt er per Hubschrauber im Elendsviertel „Plan 3000“ ein. Der Slum entstand Ende der achtziger Jahre, als die Regierung dort 3000 Familien ansiedelte, die bei Überschwemmungen ihre Häuser verloren hatten. Jetzt hausen über 200 000 Anwohner in den Hütten, die meisten sind „Collas“, Bewohner des armen Hochlands. Sie galten immer als unerschütterliche Unterstützer des Präsidenten.

Aber auch diese Zeit scheint vorbei, denn Morales hat keines seiner Versprechen erfüllt. Die staatlichen Schulen verfallen, und schon zweimal kündigte die Regierung den Bau eines Krankenhauses an – dabei ist bislang nicht einmal der Grundstein gelegt.

Vor Tausenden Kokabauern drohte Morales vorige Woche mit einem „Volksaufstand“, sollten seine Gegner das Referendum blockieren. Savina Cuéllar, der Gouverneurin von Sucre, macht das Angst, sie fürchtet ein Blutbad. „Evo hat das Land gespalten, er macht immer nur Wahlkampf“, klagt sie: „Er täte gut daran, endlich mal zu regieren.“

JENS GLÜSING